

Antwort von Raphael Kupferer - Landtagskandidaten der SPD

1.) Wir fordern: Stationäre Pflege muss bezahlbar sein

Wie hoch ist der Eigenanteil in den Pflegeheimen bei Ihnen im Wahlkreis?

Der Eigenanteil beträgt im Wahlkreis Kehl zwischen 3200-3600€ im ersten Jahr. Vergleichbar mit dem Schnitt in Baden-Württemberg.

Als SPD wollen wir, dass das Land die Investitionskosten der Pflegekosten übernimmt. Darüber hinaus bin ich der festen Überzeugung, dass eine Pflegevollversicherung, bei der alle einzahlen, auch Beamte, unerlässlich ist für die pflegerische Versorgung von Menschen. Krankheit und Pflege dürfen nicht zur Armut führen!

2.) Wir fordern das Pflege-Gehalt für die Pflege zu Hause

– Wie viele Menschen pflegen in Ihrem Wahlkreis Ihre Angehörigen zuhause?

Im Ortenaukreis werden über 20.000 pflegebedürftige Menschen versorgt. Der Großteil von ihnen, über 80% zu Hause.

Pflegende Angehörige opfern ihre Zeit, haben finanzielle Einbußen z.B. durch Reduzierung ihrer Arbeitszeit usw. Als SPD wollen wir ein sozialversicherungspflichtiges Pflegegehalt für Pflegende Angehörige. Das Pflegegeld reicht nicht aus.

(3.) Wir fordern den Ausbau der Pflegeinfrastruktur und ein regionales Pflegebudget

– Wie lang sind die Wartelisten für Einrichtungen der Vollstationären Pflege und der Teilzeitpflege bei Ihnen im Wahlkreis?

Aus eigener Erfahrung als Altenpfleger weiß ich, dass Pflegebedürftige oftmals Monate lang auf einen Pflegeplatz warten müssen. Das muss sich ändern.

Ich setze mich für den Ausbau der Pflegeinfrastruktur ein: verbindliche regionale Pflegeplanungen, mehr Tages- und Kurzzeitpflegeplätze und stärkere Pflegestützpunkte.

(4.) Wir fordern die Sicherstellung der medizinischen Versorgung: flächendeckend, qualitativ hochwertig und für alle Menschen zugänglich

– Sind die Menschen in Ihrem Wahlkreis gut mit Hausärztinnen und Hausärzten versorgt? Oder besteht eine Unterversorgung?

Auch wenn es de facto nach Definition der KVBW keine Unterversorgung gibt, spüren wir gerade hier auf dem ländlichen Raum, dass Wartezeiten lang sind und die Suche nach einem neuen Hausarzt sich nicht unbedingt leicht gestaltet.

Die Gesundheitsversorgung in der Ortenau ist ein Herzensanliegen. Niemand auf dem Land soll länger warten oder umständlich reisen müssen. Wir investieren massiv in Krankenhäuser und erhöhen die Landesmittel auf 800 Millionen Euro jährlich. Jedes Grundversorgungs Krankenhaus bleibt so innerhalb von 30 Minuten PKW Fahrt erreichbar. Hausarztpraxen und Notfallpraxen sichern wir besonders. Wir zwingen die Kassenärztlichen Vereinigungen rechtlich zu ihrem Sicherstellungsauftrag. Bedrohte Praxen bleiben offen und Wartezeiten sinken. 500 neue Medizinstudienplätze im Landärzteprogramm sorgen für Nachwuchs. Ausländische Abschlüsse werden schneller anerkannt. Community Health Nurses und Telemedizin sollen vor Ort entlasten.

(5.) Wir fordern die Barrierefreiheit aller Einrichtungen im Gesundheitswesen

– Wie viele Arzt- und Zahnarztpraxen sind in ihrem Wahlkreis nicht barrierefrei?

Eine amtliche Zahl für den Wahlkreis gibt es nicht, weil Barrierefreiheit in Arztsuchen auf Selbstauskünften der Praxen beruht. Nach meiner Auswertung der KVBW-Arztsuche sind nur knapp 200 von rund 1.000 Ärzt:innen als rollstuhlgerecht gekennzeichnet – Orientierungshilfen für Sehbehinderte bieten sogar nur etwa 20. Andere Behinderungen, werden überhaupt nicht aufgeführt.

Mit der UN BRK haben wir uns dazu verpflichtet Barrieren abzubauen. Ich setze mich dafür ein, dass jeder Mensch barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen im Gesundheitswesen hat.

Rente und Wohnen

(6.) Wir fordern die armutssichere Altersrente und die Stabilisierung des Rentenniveaus

– Wie viele Personen in Ihrem Wahlkreis beziehen Grundsicherung im Alter?

Wie viele davon sind Frauen und wie viele Männer?

Im Ortenaukreis beziehen ca. 2400 Menschen Grundsicherung im Alter. Die Anzahl wird durch den demografischen Wandel weiter steigen. Frauen sind prozentuell mit ca. 58% öfters betroffen als Männer.

Mir ist es wichtig, dass die Rente am Ende auch zum Leben reicht und niemand im Alter in Armut rutscht.

Dafür wurde auf Bundesebene mit dem Rentenpaket 2025 festgelegt, dass das Rentenniveau bei 48% bis 2031 abgesichert bleibt.

Das sorgt dafür, dass Renten nicht immer weiter hinter der Lohnentwicklung zurückfallen.

7.) Wir fordern bezahlbaren Wohnraum durch die Erhöhung der Landesmittel für sozialen Wohnungsbau

– Wie viele Sozialwohnungen gibt es bei Ihnen im Wahlkreis je Einwohner und wie setzen Sie sich für höhere Fördergelder für sozialen Wohnungsbau ein?

Mir ist wichtig, dass für sozialen Wohnungsbau genug Fördermittel da sind und dass Land und Bund dabei wirklich zusammen arbeiten. Konkret heißt das: Jeder Euro Bundesmittel

soll durch einen Euro Landesmittel ergänzt werden, damit am Ende mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden können.

Der Markt schafft keinen bezahlbaren Wohnraum, das kann nur der Staat. Deshalb wollen wir kommunale und gemeinnützige Bauträger fördern, angefangen mit der Gründung einer landeseigenen Wohnbaugesellschaft: BWohnen. Gerade in unserem Kreis wissen wir, wie erfolgreich kommunale Wohnbaugesellschaften sein können.

Und bis neuer Wohnraum gebaut ist, müssen Mieter besser geschützt werden. Dazu gehören eine wirksame Mietpreisbremse und klare Regeln gegen Leerstand und Zweckentfremdung, damit vorhandene Wohnungen nicht einfach dem Markt entzogen werden.

Eine genaue Quote Sozialwohnungen pro Einwohner im Wahlkreis konnte ich nicht ermitteln. Landesweit sieht man aber schon, wie knapp das ist: Ende 2024 gab es in Baden-Württemberg 54.634 Sozialmietwohnungen, das sind grob etwa 5 pro 1.000 Einwohner. Bis 2030 wird für Baden-Württemberg ein Zielbestand von rund 258.000 Sozialwohnungen genannt. Das zeigt, wie groß die Lücke ist und warum wir beim sozialen Wohnungsbau deutlich schneller werden müssen

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

(8.) Wir fordern die strukturelle und wirksame Bekämpfung von Einsamkeit

– Welche Projekte gegen Einsamkeit gibt es bei Ihnen im Kreis und wird die Ehrenamtskarte bei Ihnen im Wahlkreis schon umgesetzt?

Ich setze mich dafür ein, Einsamkeit nicht als Privatproblem abzutun, sondern sie wirksam und dauerhaft zu bekämpfen. Dazu gehören mehr niedrigschwellige Begegnungsorte und Nachbarschaftsangebote, damit Menschen im Alltag leichter Anschluss finden und nicht allein bleiben.

Außerdem braucht es eine klare Landesstrategie gegen Einsamkeit und dass genauer hingeschaut wird, wo im Land besonders viele Menschen betroffen sind, damit Hilfe gezielt ankommt.

Im Ortenaukreis gibt es schon ein paar ganz konkrete Angebote gegen Einsamkeit, die man nutzen kann. Dazu gehören neue Selbsthilfegruppen unter dem Motto „Einsam, Zweisam, Gemeinsam“, die Menschen zusammenbringen, die Kontakt suchen und nicht allein bleiben wollen.

Außerdem gibt es praktische Besuchsdienste, zum Beispiel beim DRK Ortenau, wo Ehrenamtliche älteren oder allein lebenden Menschen Zeit schenken und regelmäßig vorbeischauen. Auch Seniorennetzwerke wie in Oberkirch bieten Besuchsdienste und Unterstützung im Alltag an, um Einsamkeit vorzubeugen.

Bisher wird die Ehrenamtskarte im Ortenaukreis nicht umgesetzt.

(9.) Wir fordern: Populismus mit Fakten bekämpfen – Demokratie und Frieden erhalten

– Nehmen Sie in unserer Gesellschaft und auch bei Ihnen vor Ort verstärkt Hetze, Falschinformationen und ein Ausspielen verschiedener Personengruppen gegeneinander wahr und wenn ja, wie?

Ja, das wird spürbar mehr. Vor Ort zeigt sich das zum Beispiel so, dass in Social Media und manchmal auch am Stammtisch bewusst falsche Behauptungen rumgehen, Themen extrem zugespitzt werden und am Ende marginalisierte Gruppen gegeneinander gestellt werden, etwa nach dem Motto die einen bekommen alles und die anderen gehen leer aus.

Gegen politischen Extremismus gehen wir entschlossen vor: Rechtsextremismus als größte Gefahr nennen wir beim Namen, stärken den Verfassungsschutz und prüfen ein AfD-Verbotsverfahren. Landesweit rollt unser Programm „Wehrhafte Demokratie“ aus – Vereine gegen Hass und Hetze erhalten finanzielle Unterstützung, Präventions- und Ausstiegsprogramme werden erweitert. So schaffen wir ein starkes Wir und eine offene Gesellschaft, die Spaltung keine Chance lässt.

(10.) Wir fordern die Einführung der Bürgerversicherung in Pflege, Gesundheit und Rente – Würden Sie selbst in die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung wechseln, wenn das möglich wäre?

Wir setzen uns für die Bürgerversicherung ein, weil es fairer ist, wenn alle nach ihren Möglichkeiten in die gemeinsamen Sicherungssysteme einzahlen und niemand sich dauerhaft aus der Solidarität verabschieden kann. Das stärkt die Finanzierung und sorgt dafür, dass Leistungen verlässlich bleiben, egal ob jemand viel oder wenig verdient. Gerade in Gesundheit und Pflege geht es darum, dass gute Versorgung nicht davon abhängt, ob man im einen oder anderen System ist, sondern dass alle Zugang zu guter Behandlung und guter Pflege haben. Und bei der Rente gilt der gleiche Grundsatz: Das System wird stabiler, wenn mehr Schultern es tragen und nicht nur ein Teil der Beschäftigten.

Über einen Wechsel muss ich nicht nachdenken, da ich selbst gesetzlich versichert bin.